



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Manfred Groh, MdL · Haus der Abgeordneten · 70173 Stuttgart

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-959
Telefax: 0711 2063-14-959
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Mittelstr. 8
76227 Karlsruhe-Durlach

Tel. 0721/25519-95 / 96
Telefax: 0721/2551997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

der Bundestag hat am 6. Juli 2007 den Gesetzentwurf zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in zweiter/dritter Lesung verabschiedet. Der zweite Durchgang im Bundesrat fand bereits nach der Sommerpause statt. Das Gesetz vom 10.10.2007 – Bundesgesetzblatt Teil I 2007 Nr. 50 15.10.2007 S. 2332 – ist mit Wirkung vom 01.01.2007 in Kraft getreten, ausgenommen Artikel 8a (16.10.2007) und Artikel 7 (01.01.2008).

In Baden-Württemberg sind über 40 % der Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagiert, bei den 14-30jährigen beträgt dieser Anteil sogar 46 %. Ehrenamtliche Betätigung und bürgerschaftliches Engagement spielen somit eine bedeutende Rolle in unserem Land und finden vor allem auch den Zuspruch gerade der jungen Generation.

Wer ehrenamtlich tätig ist, verdient neben Dank und Anerkennung unsere volle Unterstützung. Dies gilt auch für die Gründung und Förderung gemeinnütziger Stiftungen. Wir wollen noch mehr Menschen im Land zu gemeinnützigem Engagement motivieren. Dass dieses Thema nun auch auf Bundesebene aufgegriffen und vorangetrieben wurde, ist aus Landessicht uneingeschränkt zu begrüßen.

Das Gesetz sieht mit einem finanziellem Volumen von bundesweit rund 490 Mio. € bereits mit Wirkung ab 2007 erhebliche Verbesserungen zur Stärkung des gemeinnützigen Engagements vor und trägt dabei den wesentlichen Anliegen Baden-Württembergs Rechnung.

Auf folgende Regelungen ist aus meiner Sicht besonders hinzuweisen:

- Die sogenannte Übungsleiterpauschale wird von bisher 1.848 € auf 2.100 € erhöht

- Für weitere, entgeltliche nebenberufliche Tätigkeiten in einem steuerbegünstigten Verein wird ein neuer Steuerfreibetrag von 500 € pro Jahr als Aufwandspauschale eingeführt.
- Für die zahlreichen Spender bringt die Anhebung des erleichterten Spendennachweises auf 200 € eine weitere Vereinfachung. Dies gilt auch für die Vereinheitlichung der Spendenzwecke, da hierdurch die bisher für den Bürger häufig schwer nachvollziehbare Abgrenzung entfällt.
- Auch für die Wirtschaft wird das Spenden attraktiver gestaltet, indem die Umsatz- und Lohngrenze für die steuerliche Abzugsfähigkeit gleichermaßen verdoppelt wird. Zudem können ab 2007 Spenden in den Vermögensstock einer steuerbegünstigten Stiftung bis zu 1 Mio. € – anstelle der bisherigen 307.000 € – geltend gemacht werden.

Des Weiteren bringt das Gesetz folgende Neuregelungen:

- Die Anhebung der Besteuerungsgrenze wirtschaftlicher Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften – also insbesondere für Vereinsfeste – und der Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen von 30.678 € auf 35.000 € Einnahmen / Jahr (gültig ab 1.1.2008).
- Der allgemeine Spendenabzugssatz wird vereinheitlicht und die Höchstgrenzen für alle förderungswürdigen Zwecke auf 20 % des Gesamtbeitrags der Einkünfte angehoben (bisher ist die Förderung kirchlicher, religiöser und gemeinnütziger Zwecke bis zu 5 %, die Förderung mildtätiger, wissenschaftlicher und als besonders förderungsfähig anerkannter kultureller Zwecke hingegen bis zu 10 % abzugsfähig).
- Für Unternehmensspenden wird die Höchstgrenze von bisher 2 ‰ des Umsatzes sowie der Löhne und Gehälter auf 4 ‰ verdoppelt.
- Der steuerliche Höchstbetrag für die Kapitalausstattung von Stiftungen (sog. Vermögensstockspenden) wird von bisher 307.000 € auf 1 Mio. € erhöht.
- Die Einführung eines zeitlich unbegrenzten Spendenvortrags anstelle der sog. Großspendenregelung mit zeitlich begrenzter Rück- und Vortragsmöglichkeit. Dadurch kann Spendenvolumen nicht mehr verfallen.
- Mitgliedsbeiträge für Kulturfördervereine sind auch bei bestimmten Gegenleistungen der geförderten Einrichtung abzugsfähig (z.B. Freikarte, Jahregaben).
- Der Haftungssatz bei unrichtiger oder fehlverwendeter Spendenbescheinigung wird von bisher 40 % auf 30 % gesenkt.
- Die nach dem Regierungsentwurf zunächst abschließende Aufzählung der gemeinnützigen Zwecke erhält nach Bundestagsbeschluss eine Öffnungsklausel, wonach die selbstlose Förderung der Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet für gemeinnützig erklärt werden kann. Hierfür soll in den Ländern eine zentrale Stelle benannt werden.

Mit der Verdoppelung der Höchstgrenzen für Unternehmensspenden hat der Bundestag eine Änderung gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung übernommen, welche die Landesregierung bereits im Rahmen der ersten Bundesratsbefassung gefordert hatte. Gleiches gilt für die Anhebung der Grenze für Vermögensstockspenden auf 1 Mio. €, wo der Regierungsentwurf nur 750.000 € vorsah.

Die Stärkung von ehrenamtlicher Mitarbeit und gemeinnützigen Stiftungen ist eines der Grundanliegen der CDU Baden-Württemberg. Das Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements beinhaltet erhebliche Verbesserungen, mit denen den wesentlichen Anliegen Baden-Württembergs Rechnung getragen wird.

Insgesamt bin ich deshalb davon überzeugt, dass dieses Gesetz eine gute Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft ist. Die ehrenamtliche Betätigung und deren finanzielle Förderung werden hierdurch auf ein noch breiteres Fundament gestellt.

Im Anhang habe ich Ihnen den Gesetzentwurf beigelegt.

Ihr Manfred Groh